



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: Die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Reichsmark! Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Unfallverhütung und Verminderung der Betriebsgefahren.

In der Werbenummer des „ArbeiterSchuh“, der Sonderausgabe des Reichsarbeitsblattes, das von der Reichsarbeitsverwaltung herausgegeben wird, behandelte in einem beachtenswerten Aufsatz der damalige Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Dr. Syrup, die Mitwirkung der Betriebsvertretungen auf dem Gebiete des Betriebsschutzes. In dankenswerter Weise hat er die Notwendigkeit der Mitarbeit der Betriebsvertretungen bei der Bekämpfung der Betriebsgefahren hervorgehoben. Er stellte allerdings fest, daß die bisherige Mitwirkung der Betriebsvertretungen auf diesem Gebiete nicht genüge. Seine Feststellungen stützte er auf die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften. Diese Berichte erwähnen bisweilen mit Bedauern, daß die Betriebsräte den ihnen im Betriebsrätegesetz gestellten Aufgaben bezüglich der Bekämpfung der Unfallgefahren des Betriebes in den Jahren ihres Bestehens noch nicht gerecht geworden sind.

Natürlich greifen die Unternehmersektionen solche „Feststellungen“ gern auf, um so der Öffentlichkeit die „unfruchtbare“ Tätigkeit der Betriebsräte zu zeigen.

Die Feststellungen der Gewerbeaufsichtsbeamten sind nur ersichtlich aus einer mangelhaften Kenntnis der Tätigkeit bzw. Arbeitsform der Betriebsräte. Und wenn Dr. Syrup auch wünscht, daß nicht mehr Mißtrauen gegen die Betriebsvertretungen seitens der Unternehmer, sondern verständnisvolles Miteinanderarbeiten an der wertvollen Aufgabe, die arbeitenden Menschen vor Unheil zu bewahren, nunmehr Platz greifen soll, so dürfen die Betriebsvertretungen ihrerseits feststellen, daß auch viele Aufsichtsbeamte ihnen beinahe ein gleiches Mißtrauen entgegenbrachten wie die Unternehmer. Daß solche Beamte in ihren Berichten über die Betriebsräte keine Lobgefänge anstimmten, ist verständlich.

Gewiß ist die Arbeit der Betriebsräte sehr vielgliedrig. Und scheinbar stehen im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit auch nur die Fragen der Arbeitszeit, des Lohnes, der Einstellungen und Entlassungen. Es ist auch natürlich, daß diese Aufgaben, die für die Arbeiterkassen am sichtbarsten in Erscheinung treten, auch das lebhafteste Interesse bei ihnen hervorrufen. Aber es ist doch ein Irrtum, anzunehmen, daß die Tätigkeit der Betriebsvertretungen sich mit diesen Aufgaben erschöpft. Aus persönlichen Erfahrungen weiß ich vielmehr, daß in vielen Betrieben die Betriebsräte eine intensive Tätigkeit entfalten, um die Belegschaften über die Unfall- und Krankheitsgefahren des Gewerbes aufzuklären.

Es ist sicher nicht nur mangelnder Wille der Arbeiterkassen gewesen, der den Anlaß für die schlechten Erfahrungen der Gewerbeaufsichtsbeamten gab. Viel mehr hierzu auch die ungenügende Regelung im Betriebsrätegesetz bei, die es möglich machte, daß der Unternehmer die Wahl einer Betriebsvertretung hintertreiben konnte. Durch die Abänderung des Gesetzes ist ja hier eine Besserung eingetreten.

Angesichts der Rationalisierung in den Betrieben und der damit vielfach gesteigerten Arbeitsintensität ist aber ein verstärkter Betriebsschutz sehr notwendig.

Die auch heute noch übliche „amtliche“ Auffklärung der Arbeiterkassen durch den Anschlag der wichtigsten Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetze und -verordnungen sowie der Unfallverhütungsvorschriften an den Arbeitsstellen bzw. in den Arbeitsräumen läßt an Trockenheit nichts zu wünschen übrig. Durch solche Anschläge kann die Arbeiterkassen wirklich nicht aufgerüttelt werden. Nur der geringe Teil von Vertrauensleuten und Betriebsratsmitgliedern beachtet allenthalben diese Bestimmungen und bemüht sich, die Durchführung zu überwachen.

Hier muß die Kritik einsetzen, wenn die Gewerbeaufsichtsbeamten erscheinen. Ihnen müssen auch Hinweise für praktische Propagandamethoden gegeben werden. Die Reichsarbeitsverwaltung hatte ja auch den DGB, gebeten, ihr Anregung und Motive für

die Unfallverhütungspropaganda zu übermitteln. Solche Einwendungen aus Arbeitertreuen werden vom DGB. weitergeleitet.

Die moderne Bildpropaganda hat große Vorzüge. Es sind ja auch Geschmacklosigkeiten vorgekommen, aber in Zukunft soll dies dadurch verhindert werden, daß die Reichsarbeitsverwaltung neue Bildentwürfe den Gewerkschaftsvertretern zur Begutachtung vorlegt.

Es führen ja viele Umstände zu Unfällen und Gewerbekrankheiten. Häufig wird das Ehrgefühl der Arbeiter durch die Neigung der Aufsichtsbeamten verletzt, bei eingetretenen Unfällen den Arbeitern allein die Schuld zuzuwenden. Nur wenn sich die Achtsamkeit der Arbeiter mit einer korrekten Fürsorge des Unternehmers in der Ausstattung seines Betriebes mit dem notwendigen Maschinenschutz, einer hygienischen Einrichtung der Arbeitsräume und einer vertraglichen regelmäßigen Arbeitszeit verbindet, wird Unheil verhütet.

Der Einfluß der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, den sie durch ihr öffentliches Eintreten für die Sache des Arbeiterschutzes ausüben, ist nicht zu unterschätzen. Die Arbeiterkassen übernimmt von den in Versammlungen, Gewerkschaftszeiten und Mitteilungsblättern Gefagten viel mehr, als man gemeinhin annimmt. Der Erfolg tritt nur nicht für jedermann sichtbar in Erscheinung. Aber durch diese Aufklärungsarbeit wird das Verantwortungsgefühl der Arbeiter gestärkt, die Achtsamkeit erhöht und das hygienische Verhalten der Arbeiter und Arbeiterinnen bestimmt.

Wenn in der Unfallstatistik ein hoher Prozentsatz aller Unfälle auf „Selbstverschulden“ zurückgeführt wird, so trifft dieser Ausdruck die Sache nicht. Jeder Arbeiter verfügt über ein gehöriges Maß natürlicher Vorsicht. Er ist selbstverständlich auch menschlichen Schwächen unterworfen, und eintretende Ermüdung vermindert auch bei ihm die Aufnahmefähigkeit für Eindrücke. Gewöhnlich wirken doch bei Unfällen verschiedene Umstände zusammen. Ich habe noch keinen Arbeiter kennen gelernt, der bei einem Unfall nicht grenzenlos überrascht war. Er glaubte, stets mit aller Vorsicht gearbeitet zu haben. Natürlich gibt es unter den Arbeitern auch leichtfertige Naturen, die durch ihr Verhalten die Gefahren förmlich heraufbeschwören. Aber das sind ganz bestimmt die Ausnahmen. Wir haben heute dank der jahrelangen Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes eine gutgeschulte Arbeiterkassen. Nur soll man nicht vergessen, daß wir hier eine Arbeit vor uns haben, die, da ein immerwährender Zustrom neuer ungeschulter Arbeitskräfte stattfindet, fortlaufend wiederholt werden muß. An die Arbeiterschutzpropaganda müssen deshalb die höchsten Anforderungen gestellt werden.

Deshalb ist die Mitwirkung der Betriebsräte an der Verminderung der Betriebsgefahren auch so notwendig. Ihnen sind die maschinellen Einrichtungen, deren technische Mängel, die Schnelligkeit des Arbeitsganges und sonstige betriebliche Eigenarten geläufiger als den meisten Gewerbeaufsichtsbeamten. Sie können und sollen den Unternehmer auf vorhandene Gefahrenquellen unverzüglich aufmerksam machen. Ein einflussvoller Unternehmer wird solche Mitarbeit auch stets dankbar annehmen. Selbst dann, wenn er darauf aufmerksam gemacht wird, daß das Arbeitstempo geeignet ist, Unfallgefahren heraufzubewahren.

§ 66 Ziff. 8 BGG. bestimmt: „Der Betriebsrat hat die Aufgabe, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerbepolitischen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.“

Der Versuch dazu ist sicher von den meisten Betriebsräten schon gemacht worden, aber häufig werden ihre Ratsschlüsse nicht ernsthaft beachtet.

Noch ein weiteres: Wenn sich die Mitwirkung der Vorarbeiter, Meister und Betriebsleiter bei der Aufklärung der ihnen unterstellten Arbeiter und Arbeiterinnen über die Betriebsgefahren in mehr kameradschaftlichem als autoritativem Tone vollziehen würde, wäre die Wirkung ebenfalls eine bessere.

Es genügt eben in Arbeiterschutzfragen nicht, nur eine Anordnung zu geben, sondern die Arbeiterkassen muß auch den Eindruck haben, daß sich die leitenden Personen des Betriebes bemühen, im Einvernehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung zum Schutze der Beschäftigten eine zweckdienliche Maßnahme zu treffen.

Um einen sichtbaren Nachweis ihrer unfallverhütenden Tätigkeit zu bekommen, müssen sich die Betriebsräte den bürokratischen Gepflogenheiten der Behörden anpassen. Die Anlage eines Registriertagebuches für Unfallangelegenheiten dürfte auch in mittleren Betrieben möglich sein. Wie ein solches Buch anzulegen wäre, dafür ein Beispiel:

Datum	Meldung an den Unfallvertrauensmann des Betriebsrats (evtl. an den Vorsitzenden)	Bemerkungen
5. 1. 28	In Saal I ist eine neue Schnellpresse aufgestellt worden. Die Schutzeinrichtung fehlt.	10. 1. Die Schutzeinrichtung wurde angebracht.
1. 2. 28	In der Secherei wurde über schlechte Reinigung der Kästen und Regale geklagt.	4. 2. Bessere Reinigung wurde zugefagt.
5. 3. 28	In der Buchbinderei hat die Maschinenführerin B. einen Unfall (Fingerquetschung) erlitten.	7. 3. Unfallursache: Unzureichende Schutzeinrichtung. Abstellung des Mangels ist erfolgt.

Nach diesen Beispielen kann sich jeder Betriebsrat ein gutes Beispielmateriale, das er später den Behörden gegenüber verwenden kann, zusammentragen.

Die grundsätzliche Bedeutung des Schutzes der Arbeitskraft ist wohl allgemein heute erkannt worden. Aber Zweck dieser Darlegungen soll es sein, daß die Betriebsräte sich zur Wehr setzen. Denn durch die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten wird eine falsche öffentliche Meinung erzeugt, die geeignet ist, den Wert der Institution der Betriebsvertretungen herabzusetzen. Also sollen die Betriebsräte die Zusammenarbeit mit den Gewerbeaufsichtsbeamten suchen, wo es irgend geht, damit diese die Betriebsvertretungen nicht mehr ignorieren können. p.

## 12. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 4. Juni trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Gewerkschaftshaus zu seiner zwölften Tagung zusammen. Der Bundesvorsitzende Leipzig erstattete zunächst den Bericht des Bundesvorstandes. Er leitete seinen Bericht ein mit eingehenden Darlegungen über die durch den Ausgang der Wahlen geschaffenen politische Lage. Die Wahlen haben der Sozialdemokratie einen Zuwachs an Stimmen gebracht, der sie zu der weitaus stärksten politischen Partei im Reich und in Preußen gemacht hat. Ohne sie ist die Bildung der neuen Regierung im Reich nicht möglich. In Preußen ist die Regierung Braun als Sieger aus den Wahlen hervorgegangen. Die Sozialdemokratie wird sich der großen Aufgabe, die ihr durch die Wahlen zugewiesen worden ist, nicht entziehen können. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß der Einfluß der Arbeiterbewegung in der künftigen Koalitionsregierung durch den Einfluß starker Persönlichkeiten nachdrücklich zur Geltung gebracht wird.

Aus seinen weiteren Mitteilungen seien im übrigen folgende Punkte hervorgehoben: Die nächste Tagung des Bundesausschusses soll, wie bereits in Aussicht genommen, in Köln stattfinden, und zwar am 29. Juni dieses Jahres. Die Tagung soll zugleich den Bundesvertretern Gelegenheit geben, die Presse und insbesondere die eigene Ausstellung der Gewerkschaften und der Partei zu besichtigen.

Es ist geplant, eine Konferenz der den Gewerkschaften nahestehenden Gewerbaufstrebenden einzuuberufen, wie schon bisher ähnliche Konferenzen für Baukontrollreue abgehalten worden sind. Bei dem Wettbewerb, der für den Bau der Bundeschule unter einer Reihe namhafter Architekten veranstaltet worden ist, wurde bekanntlich der Entwurf des Leiters des Bauamtes Dessau, Hannes Meyer, von dem Bundesvorstand angenommen. Mit der Bauausführung wird in den nächsten Wochen begonnen werden. Die Grundsteinlegung soll entsprechend der großen Bedeutung der Bundeschule für das gesamte Bildungswesen der Gewerkschaften feierlich gestaltet werden. Die Gewerkschaftsjugend wird an der feierlichen Veranstaltung mitwirken.

Der bisherige Bezirkssekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt a. M., Leuchner, ist von seinem Amte zurückgetreten. An seine Stelle tritt der Kollege Gröbner, bisheriger Bezirksleiter vom Zimmererverband. Auch für den Bezirk Ostpreußen ist jetzt ein besoldeter Sekretär angestellt worden. Kollege Duallio, bisher Gauleiter des Holzarbeiterverbandes, wird sein Amt am 1. Juli dieses Jahres antreten.

Im Anschluß an die Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes spricht Leipart über

#### die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses,

der Anfang September dieses Jahres in Hamburg stattfinden wird. Leipart sprach zunächst über das Hauptthema des Kongresses, das sich aus den Beratungen des Breslauer Kongresses ergibt: Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie. Zur Klarstellung des Begriffes, zur Unterfuchung der kontroversen Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, ist seit nahezu Jahresfrist eine besondere Kommission tätig, deren Arbeiten vor dem Abschluß stehen und im Bundesausschuß in einer späteren Sitzung vor dem Kongreß zur Diskussion gestellt werden sollen.

Als zweites Thema des Kongresses schlägt der Bundesvorstand ein Referat über die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften vor. Die großen Aufgaben, die den Gewerkschaften auf diesem Gebiete gestellt sind, sind nicht zu verkennen. Eine tiefergehende lebendige Bildungsarbeit ist zugleich das beste Mittel, wirksame Propaganda unter der Gewerkschaftsjugend zu betreiben. Sie ist aber überhaupt angesichts der gesteigerten Ansprüche, die an die Mitwirkung der Gewerkschaften heute gestellt werden, von überragender Bedeutung für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung.

Als drittes Thema ist vorgesehen die Behandlung der zahlreichen Fragen, die mit der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung in Zusammenhang stehen, Fragen, mit denen sich die Gewerkschaften auf ihren Tagungen schon wiederholt beschäftigt haben.

Nach kurzer Debatte wurde die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Tagesordnung einstimmig angenommen.

#### Zu dem Punkt der Tagesordnung:

#### „Die Prozessvertretung der Gewerkschaften vor den Arbeitsgerichten“

Sprach der Sekretär des Bundesvorstandes, Kollege Schulze. Die den Gewerkschaften übertragene kollektive Vertretungsbefugnis vor den Arbeitsgerichten zwingt zu einer grundsätzlichen Stellungnahme. Die Gewerkschaften haben sich für eine großzügige Abgrenzung der Arbeitsgerichtsbezirke, das heißt für nicht zu kleine Bezirke, eingesetzt. Das hat eine starke Konzentration der Streitfälle bei diesen Gerichten zur Folge. Die am Streifalle beteiligten Arbeiter, insbesondere die außerhalb des Sitzes des Gerichts wohnenden, haben häufig nicht die Möglichkeit, ihr Interesse an der Prozessführung selber wahrzunehmen. Diese Entwicklung führt zu dem Ergebnis, daß die Bereitstellung geschulter Prozessvertreter der Gewerkschaften an den Hauptorten der Arbeitsgerichte und eine Konzentration der Prozessvertretung in der Hand dieses Beauftragten der Gewerkschaften notwendig wird. Die kleinen örtlichen Arbeitersekretariate können die täglich stärker werdende Aufgabe nicht bewältigen; ihre Mittel und Kräfte sind zu gering. Bleibt die Aufgabe bei den einzelnen Verbänden, dann erscheint häufig eine größere Zahl von Vertretern verschiedener Verbände gleichzeitig beim Gericht, von denen jeder die gleiche Reise zum Gerichtsort zurücklegen muß. Das kann vermieden werden durch die Schaffung besonderer Prozessvertretungen für größere Bezirke durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Zahlreiche Einzelfälle, die sich seit dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes täglich zutragen, zeigen, wie un wirtschaftlich das jetzt gebräuchliche Verfahren der Prozessvertretung ist. Selbstverständlich ist, daß wichtige, vor allen Dingen grundsätzliche Tarifausgleichsfragen von den Beauftragten der interessierten Verbände selbst vertreten werden müssen; aber diese Streitigkeiten bilden nicht die Mehrzahl der Prozessfälle. Beobachtungen, die gemacht werden konnten, lassen den Schluß zu, daß die Vertretung der Arbeitgeberinteressen bei den Arbeitsgerichten durch die Arbeitgeberverbände bereits strenger organisiert ist als bei den Gewerkschaften. Je strenger wir die Prozessvertretung für die Arbeiter in wenigen Händen konzentrieren, um so größer ist auch die Gewähr, daß wir Spezialisten heranbilden und zur Verfügung stellen, in deren Obhut die Interessen klagender Arbeiter wohlbewahrt sind. Außerdem sind viele Gewerkschaftsangeestellte Arbeitsrichter. Es führt aber zu unangenehmen Erscheinungen, wenn diese Persönlichkeiten zugleich Prozessvollmächtigte sind und einmal in dieser und ein andermal in jener Eigenschaft auftreten. Hinzu kommt die Vertretung der Interessen der Erwerbslosen aus dem Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bei den hierfür zuständigen Spruchinstanzen. Auch diese Vertretung kann einbezogen werden in eine zentralisierte Organisation der Interessenwahrnehmung, auch sie muß durch Spezialisten erfolgen.

Am zweiten Tag der Bundesausschusssitzung, am 5. Juni, wandten sich die Beratungen der Frage des Bundesbeitrages zu. Der Bundestaffierer Kube begründete die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bundesbeiträge.

Die Erörterung über die Vereinheitlichung der Prozessvertretung wurde in die Debatte über den Bundesbeitrag einbezogen, da sich durch die Verwirklichung der von Schulze unterbreiteten Anregungen dem ADGB und seinen Organen eine neue Aufgabe von erheblichem Ausmaß erschließen würde. Gegen die Zentralisierung der Prozessvertretung wurde u. a. eingemandt, daß viele Verbände Wert darauf legen, daß sich ihre Angestellten an allen Stellen öffentlichen Lebens zeigen und bewähren. Andere Redner begrüßten den Gedanken der Vereinheitlichung der Pro-

zessvertretung im Interesse der Verbände wie einer in unserem Sinne gelegenen Pflege des modernen Arbeitsrechts. Die Bereitstellung von Spezialisten für die Rechtsberatung und Prozessvertretung entbehrt die Gewerkschaften auch dem heute vielfach bestehenden Zwang, die Prozessvertretung Rechtsanwälten zu übertragen. Die Betreuung der Mitglieder durch die Verbandsangestellten in Rechtsfragen dürfe zwar nicht völlig unterbunden werden, aber es werde möglich sein, ein gemeinsames Arbeiten der Verbandsvollmächtigten mit den Arbeitersekretären und eine zweckmäßige Arbeitsverteilung zwischen beiden durchzuführen. Die Zahl der Arbeitersekretäre und Prozessvertreter wäre auch nie so groß, daß sie die gesamten Aufgaben der Verbände in der Rechtsberatung übernehmen könnten. Die Arbeitersekretäre wären immer genötigt, sich einen Stab von Helfern zu sichern. Sedenfalls mußte die Frage zur Debatte gestellt, sie muß aber auch in absehbarer Zeit gelöst werden.

Zur Frage der Bundesbeiträge wird angeregt, die Lehrlinge im Bunde beitragsfrei zu lassen und dadurch die Erhöhung der Beiträge für die übrigen Mitglieder etwas auszugleichen. Ferner solle der Bundesvorstand seine Aufmerksamkeit darauf richten, daß die Beistauern der Ortsgruppen zu den Gewerkschaftshäusern nicht übermäßig gesteigert werden. Es wird die Anregung gegeben, daß die Finanzierung der Bezirkssekretariate des ADGB, in vollem Umfange vom Bunde aus erfolgen möge. Zurzeit wird rund eine Hälfte der Ausgaben der Bezirksausschüsse aus der Bundeskasse, die andere Hälfte aus Beiträgen der Ortsausschüsse bestritten. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Bundesbeiträge wird allgemein anerkannt. Die Debatte bezieht sich nur auf das Ausmaß der Erhöhung. Es wird auch daran erinnert, daß in einem niedrigen Bundesbeitrag für weibliche Mitglieder eine geringere Einschätzung der Kolleginnen zum Ausdruck kommt. Auf die Dauer dürfte dieser Zustand auch nicht aufrechtzuerhalten sein.

Entscheidungen wurden nicht getroffen. Die Beschlusfassung über die vom Bundesvorstand unterbreitete Vorlage für den Haushalt des ADGB, wie über die Frage der Vereinheitlichung der Prozessvertretung wird bis zur nächsten Bundesausschusssitzung vertagt. Beide Fragen werden inzwischen von den Bundesausschüssen beraten.

### Eine Entwicklung, wie sie Karl Marx vorausgesagt hat.

In den letzten Tagen hat der bekannte Prof. Dr. Schmalenbach auf der Tagung der Betriebswissenschaftler in Wien in sensationeller Weise auf die Grundlinien der Umwälzung innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft hingewiesen. Es ist für die deutsche Gewerkschaftsbewegung außerordentlich wichtig, die Konsequenzen dieser Rede zu beachten. Denn Professor Schmalenbach ist nicht der erste beste, sondern er hat seit Jahrzehnten den Versuch gemacht, die moderne Betriebswirtschaft zu durchforschen.

Die dem Zeitalter der freien Wirtschaft folgende Ordnung ist nach Schmalenbach eine solche, die durch Kartelle, Trusts und andere Monopolgebilde, durch Staatseisenbahn, Staatsposten, Staatsbanken, staatlich beherrschte Landeszentralen für Licht- und Kraftlieferung, gemischte Unternehmungen vieler Art, staatliche Preisregelung für Kohle, Kali, Wohnungsmieten und staatliche Festsetzung von Lohntarifen gekennzeichnet ist, und die gegenüber dem, was vorher war, die mannigfachen Züge der Gebundenheit aufweist. Und man darf annehmen, daß sich diese kennzeichnende Gebundenheit in der Zukunft noch stark vermehren werde.

### Wo finden wir Erholung?

Zu den Organisationen, die sich um den Ausbau der Arbeiterferientkultur in erster Linie verdient gemacht haben, gehört unstreitig das Leipziger Arbeiter-Bildungsinstitut. Dessen rührige Reiseabteilung hat jetzt, nach dem schon weithin bekannten Prospekt über Arbeiterferien- und Studienreisen ein neues Büchlein herausgebracht: **Ferien- und Erholungsstätten für Arbeiter, Angestellte, Beamte.** Es ist eine rechte Freude, das Büchlein zu lesen und zu lesen. Typographisch ein kleines Kunstwerk. (Eine Meisterleistung der Leipziger Parteidruckerei.) Inhaltlich ein guter und kluger Ratgeber. Nach dem Süden, an das Meer, in die Wälder Thüringens, ins Hochgebirge, jeder findet etwas seiner Neigung und seinem Geldbeutel entsprechend. Doch lest es selbst! Das Büchlein wird gegen Einzahlung von 40 Pf. portofrei zugesandt. Anschrift: Arbeiter-Bildungsinstitut, Leipzig, Abt. Ferienreisen, Leipzig C 1, Volkshaus.

Es sei noch einmal auf die vom ADGB, Leipzig, geplanten Reisen hingewiesen:

- 16. bis 24. Juni: nach Oberbayern-Tirol . . . 130,- M.
- 23. Juni bis 1. Juli: ins Salzammergut . . . 130,- "
- 23. Juni bis 6. Juli: ins Salzammergut und durch Tirol u. Oberbayern . . . 200,- "
- 1. bis 4. Juli: nach der Sächsischen Schweiz . . . 42,- "
- 8. bis 11. Juli: nach dem Harz (im Kraftwagen) . . . 44,50 "
- 11. bis 19. August: nach Hamburg, Nordsee, Ostsee . . . 123,- "
- 11. bis 19. August: nach Dänemark—Insel Rügen . . . 134,70 "
- 11. bis 26. August: nach Dänemark—Schweden . . . 250,80 "
- 1. bis 9. September: nach Main—Nectar—Athen (Preis) . . . 125,- "

In den Reisetouren sind alle Fahrgelegenheiten: Eisenbahn, Schiff, Auto, gute und reichliche Verpflegung (außer Getränke), Quartier in guten Hotels, alle Trinkgelder, Besichtigungen, Führungen, Kurtaxe usw. enthalten. Meldungen an die oben bezeichnete Adresse.

### Urlaub in der Sonne.

Ich lege wohl an die Bienenrande im warmen Sonnenlicht. An meine Arbeit denke ich, die jetzt andere machen. Ich habe ja Urlaub. Bei meinen Freunden sind meine Gedanken. In der Stadt. Hier und dort.



Ich denke voll Eifer an sie. Ich bin ja ein Kind dieses Lebens, dieser Arbeit, dieser Stadt, dieser Freuden. Doch, wie ich so denke und denke: was ist denn das? Da ist es auf einmal, als wenn sie alle, diese Kollegen und Straßen und fremdlichen Städten, schwänden. Noch weiter als sie es schon sind. So wie wir beim Einschlafen ahndens langsam und langsam die Wirklichkeit schwinden fühlen. Ja, auch zeitlich rücken sie alle weit von mir ab. Wir ist es, als wenn das alles ein fernes Gewesen wäre.

Und in neue Zeiten hinein lebe ich jetzt. Und in neue Nähe. Ich höre die Verste über mir in der Luft. Ganz klein und verträumt öffnen sich die Lider meiner Augen. Suchend geben sie sich dem silber-goldenen Licht. Zu der Verste hinauf. Einem Danke gleich. Und in den Zweigen des Strauches da neben mir ein

anderer Vogel. Ein kleiner Wicht. So fest ist sein Ruf. Als wenn ihm allein die Welt gehörte. Und doch gehört sie ihm nicht. Nein, auch mir, du Bögelein, ich habe doch Urlaub. Ich habe doch alles da draußen vergessen und hinter mir. Und ich bin jetzt ja glücklich in deinem Reiche der Sonne und des Gesanges zwischen Zweigen und Erde und Himmelsblau.

Dr. Gustav Hoffmann.

Eine solche Entwicklung geht im theoretischen Gegensatz fast aller unserer Wirtschaftsführer vor sich. „Was ist es denn im Grunde genommen anders“, ruft Schmalenbach aus, „als die Erfüllung der Voraussetzungen des großen Sozialisten Marx, die wir erleben? Seine Vorstellungen von der Zukunft der Wirtschaft sind es, die wir sich erfüllen sehen. Wenn wir unseren Wirtschaftsführern von heute sagen würden, daß sie gewollt oder ungewollt loszulegen Bollstreckler des marxistischen Testaments seien, so würden sie mit allem Nachdruck dagegen protestieren. . . . Sie sind Werkzeuge, nichts als Werkzeuge.“

Nachdem Prof. Schmalenbach dann die Schäden der Syndikatswirtschaft aufgezeichnet und gekennzeichnet hat, kommt er zu dem Schluß, daß das alte System der freien Konkurrenz angesichts der Kostengestaltung der modernen Wirtschaft zur Regelung der Produktion nicht mehr ausreicht. Es müsse an Stelle der freien Konkurrenz eine Gebundenheit treten. Der Staat kann es nicht zulassen, daß Kartelle und Monopole Alleinverfüger über Bodenschätze wichtigster Art sind. Deshalb würde es zu folgendem Zustand kommen: „Die Monopolgebilde der neuen Wirtschaft müssen ihr Monopol vom Staat empfangen und auf der anderen Seite überwacht der Staat die Erhaltung der aus dem Monopol entpringenden Pflichten. Ich glaube nicht, daß die gegen jegliche staatliche Überwachung eingestellten Ansprüche der Kartelle diese der Natur der Dinge entsprechende Gestaltung der Dinge auf die Dauer abweisen können.“

Welche Lehren sind aus den zweifellos interessanten Darlegungen des Herrn Prof. Schmalenbach zu ziehen? Zuerst können wir mit Genugtuung feststellen, daß die sozialistische Lehre, wie sie von Karl Marx entwickelt wurde, sich als ein untrüglicher Wegweiser im Labyrinth der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung bewiesen hat. Wir haben nicht mehr eine freie Wirtschaft, sondern eine im wesentlichen gebundene. Eine gebundene, und zwar im wesentlichen nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten, indem Kartelle, Syndikate und andere Monopolorganisationen das Verfügungsrecht über große Teile der Wirtschaft bekommen haben. Aber auch der Staat greift heute viel tiefer ins Wirtschaftsleben ein, wie je zuvor. Würde sich der Staat dieses Eingriffsrechts begeben, würde er den starken privatwirtschaftlichen Organisationsmächten ohnmächtig gegenüberstehen. Bei den heutigen Machtverhältnissen darf die öffentliche Gewalt hierbei nicht fehlen bleiben, sondern sie muß, wie es jetzt Prof. Schmalenbach empfiehlt, die privaten Monopole weitgehend zu übernehmen versuchen.

Eins haben die Darlegungen von Schmalenbach sehr gut gezeigt: Die Wirtschaft von heute ist im wesentlichen großen Umfichtungen unterworfen. Das Tempo der Entwicklung wird ein immer rascheres. Daraus folgt, daß wir uns große Mühe geben müssen, diesem Eilzugstempo sowohl im Erfassen der Dinge selbst wie in organisatorischer Schlagkraft nachzueifern.

### Rundschau.

**Berufswünsche und Lehrstellen der Mädchen.** Für die Berufswünsche der jungen Mädchen sind nach wie vor drei Berufszweige maßgebend: das Bekleidungs- und Hauswirtschafts- und die kaufmännischen Berufe. Neuerdings ist noch eine vierte Hauptgruppe hinzugekommen, nämlich die Gesundheits- und Körperpflege. Im Reichsarbeitsblatt Nummer 15 wird ausgeführt, daß in den Orten, wo die Berufsämter berichteten, die Anwärterinnen für die kaufmännischen Berufe von rund 38 000 auf 47 000 in den Jahren 1924/1925 bis 1926/1927 stiegen. Dagegen hat sich die Gruppe Gesundheits- und Körperpflege vervierfacht, und zwar von 3200 auf 12 500. Besonders wurde der Beruf der Friseurin lebhaft begehrt, den 823 gemeldeten Lehrstellen standen 7795 junge Mädchen gegenüber. Also auf eine Lehrstelle kamen 10 Bewerberinnen. Insgesamt liegt der Lehrstellenmangel für die Mädchen schlecht. Nach dem Reichsarbeitsblatt betrug die Zahl der Ratuchenden bei den berichtenden Berufsberatungsstellen 173 000, denen nur 63 000 Lehrstellen gegenüberstanden. Ueber den Andrang in den einzelnen Berufen berichtet auch eine Statistik der Stadt Frankfurt a. M.:

	1920	1927
Friseurin . . . . .	31	457
Modistin . . . . .	112	480
Verkaufserin . . . . .	366	723
Schneiderin . . . . .	909	665
Kindermädchen . . . . .	65	160

Der Drang zu einem Beruf ist bei der weiblichen Bevölkerung sehr stark. Wie sich Angebot und Nachfrage gegeneinander verhalten, zeigen obige Ausführungen.

**Nur 50 Proz. Dividende.** — Der größte belgische Elektrizitätskonzern Sofina, der 1925 eine Dividende von 30 Proz., 1926 40 Proz. verteilte, kündigt für 1927 eine Dividende von 50 Proz. an. Die 50prozentige Dividende wird als außerordentlich niedrig bezeichnet. Die Aktienkurse des belgischen Elektrizitätskonzerns sind nämlich auf der Börse in einem ungleich rascheren Tempo gestiegen als die Dividende. Der Nennwert der Sofina-Aktien der Sofina-Aktien auf zwei Jahren stand der Börsenkurs der Sofina-Aktien auf gegen etwa 10 000 Proz. im vergangenen Jahr 38 000, gegenwärtig 75 000 Proz. Für den Aktienkäufer, der die Sofina-Aktien erst jetzt erhebt, entfällt also beim gegenwärtigen Aktienkurs nur ein Ertrag (Rendite) von etwa 1/3 Proz. für Aktienkurs und Kapitalanlage. Die Börsenkurse hätten aber eine enorme Höhe nicht erlangt, wenn nicht die Ueberzeugung vorherrschte, daß die tatsächlichen Gewinne des Elektrizitätskonzerns eine viel größere Dividende als 50 Proz. erlaubt hätten. Die Sofina ist ein Weltkonzern, der außer in Belgien Tochterunternehmen in Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, der Türkei, Portugal und Brasilien hat, und zwar ist sie beteiligt an Bankunternehmungen

(an der zweitgrößten Bank Belgiens), in der Elektroindustrie, an Straßenbahngesellschaften, Gas- und Elektrizitätswerken und in der Glasindustrie. In Deutschland ist die Sofina an der größten deutschen Elektro-Holding-Gesellschaft, der Ges. für elektr. Kraft, beteiligt, außerdem an dem Elektrowerk Schlesien, den Redarwerten sowie an zahlreichen kleineren Unternehmen.

**Der gute heilige Antonius.** Im „Oberösterreichischen Wanderer“ vom 1. März 1928 war zu lesen: „Herzlichen Dank dem heiligen Antonius für erhöhte Fürbitte bei der Betriebsrätewahl in der Lokomotivwerkstätte. Christliche Gewerkschaft in der Lokomotivwerkstätte Gleiwitz.“ . . . Der gute, heilige Antonius ist wirklich ein Taufendstmal Abgegeben wurden 642 freigewerkschaftliche und 69 christliche Stimmen.

**Junge Staatsmänner und alte Arbeiter.** Der deutsche Außenminister Stresemann ist in diesen Tagen 50 Jahre alt geworden. In den Gedankenkreisläufen lebte folgende Rede von dem älteren wieder: „Für einen Staatsmann ist der 50. Geburtstag, den heute Deutschland mit Stresemann feiert, in den meisten Fällen erst ein Anfang.“ Für einen Staatsmann ist also ein Alter über 50 Jahre hinaus ein Vorzug, weil man dann die nötige Erfahrung und Urteilskraft bei ihm voraussetzt. Bis zu dieser Zeit ist in der Regel dem zukünftigen hohen Beamten die Möglichkeit und Gelegenheit gegeben, sich in allen Teilen vorzubereiten. Wie sieht es demgegenüber bei den Arbeitern und Angestellten aus? Arbeiter und Angestellte über 40 Jahre vermögen nur sehr schwer Arbeit zu bekommen. Meistens klopfen sie an den Fabriktüren vergebens an, weil nur junge, in der Volkstrait des Lebens befindliche Leute verlangt werden. Ein Arbeiter soll mit 40 Jahren minderwertig und verbraucht sein, während bei sogenannten Staatsmännern, auch bei Industriellen und anderen Beamteten, bei diesem Lebensalter erst die eigentliche Karriere beginnt. Es geht wirklich eigentümlich in der Welt zu.

**Was bedeutet Kapitalbildung?** In den Diskussionen über die Wirtschaftsgestaltung, die in letzter Zeit gepflogen werden, spielte die Kapitalbildung aus eigener Kraft eine große Rolle. Den Unternehmen erfolgt die Kapitalbildung in Deutschland zu langsam. Sie würde beschleunigt durch die Entwicklung der Löhne und Gehälter und die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, die u. a. durch die staatliche Preispolitik in Erscheinung tritt. Es ist von mehreren Seiten der Versuch gemacht worden, die eigene Kapitalbildung der deutschen Wirtschaft statisch zu erfassen. Man ist dabei zu Resultaten gekommen, die man vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Ganz abgesehen von der Annullierung der Spargebote seit 1926 in Deutschland hohe Beträge von Aktien, Anleihen usw. abgeleitet worden. Nach den Berechnungen der Reichs-Kredit-Gesellschaft betrug die eigene Kapitalbildung Deutschlands aus dem Produktionsüberschuß im Jahre 1927 12 Milliarden RM. Abzüglich der Kapitaleinfuhr, die zu anderen Zwecken als zur Währungsbedeckung verwendet wurde in Höhe von 4,4 Milliarden RM., verbleibt die Summe von 7,6 Milliarden RM. Die Kapitalbildung in dem Hochkonjunkturjahr 1913 und unter Berücksichtigung des größeren Deutschlands betrug 8,5 Milliarden Vorkriegsmark oder unter Zugrundelegung der Geldentwertung 11,9 Milliarden RM. Aus dem Produktionsüberschuß wurden 1913 nur 10,5 Milliarden RM. erzielt. Da die vorjährige Kapitalbildung aus der gleichen Quelle mit 12 Milliarden RM. angenommen wird, so war sie höher als in dem letzten Vorkriegsjahr. Die Kapitalbildung aus Zinsüberschuß ist weggefallen. Es besteht also wirklich wenig Veranlassung, über die innere Kapitalbildung Klage zu führen. Doch meistens begegnet man einer eigentümlichen Anschauung über den Begriff Kapitalbildung überhaupt. In Nummer 9 der „Sportallee“ finden wir eine Auslassung, die den Begriff Kapitalbildung gut herausarbeitet und uns außerordentlich beachtlich erscheint. Wir geben das Zitat ohne Zusatz wieder:

„Was bedeutet Kapitalbildung? Im Sinne des Berichts (Geschäftsbericht der Danabank) offenbar nicht das Einkommen der Unternehmer oder Kapitalisten zum Verbrauch, sondern Akkumulation, Ausbau des Produktionsapparates. Ausbau des Produktionsapparates kann nur durch Ergebnisse derjenigen Unternehmungen erfolgen, die Produktionsmittel herstellen. Diese Unternehmungen waren aber bekanntlich im Jahre 1927 bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Insbesondere die Eisenindustrie hatte eine beispiellose Konjunktur. In einigen Monaten des Jahres 1927 war sogar die Einfuhr an Eisen und Rohstahl größer als die Ausfuhr. Da die Eisenproduktion die Grundlage aller Investitionen ist, so waren die Investitionen aus den eigenen industriellen Grundlagen auf dem Höhepunkt. Weitere erhebliche Investitionen hätten also Import von Produktionsmitteln erfordert.“

**Klubsekel und Bazillenküchlein.** Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft stellt jetzt neue Sonderwagen in Dienst, die allerdings erst auf einer Strecke laufen sollen. Ab 15. Mai verkehren von Holland zur Schweiz und umgekehrt je ein Schnellzug, sogenannte F.F.-Züge, die den Namen „Rhein-gold“ tragen. Diese an dem Rhein entlang fahrenden Züge erhalten eine Geschwindigkeit von rund 90 Kilometer die Stunde. Sie werden mit Wagen zusammengeleert, wie sie bisher noch nirgends gebaut wurden. Man kann damit in 24 Stunden von London nach Luzern fahren. Auf der fast 700 Kilometer langen deutschen Strecke wird die Lokomotive nur ein einziges Mal abgelöst. Die Züge haben natürlich nur erster und zweiter Klasse. Wie luxuriös diese eingerichtet sind, mag aus folgendem hervorgehen: In dem Wagen erster Klasse sind sowohl größere Saalräume als auch kleinere Abteile zu vier und zwei Plätzen vorhanden. Den Reisenden dieser Klasse stehen als Sitzplätze besonders sorgfältig gearbeitete, verstellbare Einzelpolsterseffel zur Verfügung. Diese sind mit hohen Rückenlehnen versehen und gestatten ein bequemes Ausruhen. Die Seffel sind in den Saalräumen an den Längswänden zu je zweien einander gegenüber an einem Tisch angeordnet. Die Wagen zweiter Klasse enthalten ebenfalls Saalräume. Hier sind fest eingebaute Polsterseffel vorhanden. Die Reisenden, die das Glück haben, in solchen Zügen fahren zu können, brauchen sich nicht mehr nach dem Speisewagen zu bemühen, sondern den Reisenden werden Speisen und Getränke an ihren Plätzen serviert. Es ist unnötig zu sagen, daß auch sonstige Neuerungen und Erfindungen in diesen Luxuszügen verwandt wurden. So fahren die Reichen!

Die Übergroße Mehrheit des Volkes fährt nach wie vor zweimal zweiter Klasse. Weisen die Wagen für die ersten Klassen alle Bequemlichkeiten auf, so sind nach Lausende und aber Tausende von Waggons vierter Klasse in Betrieb, die schmutzig sind, kleine Fenster haben, wenig Sitzplätze aufweisen usw. Der letzte deutsche Kaiser hatte die Wagen vierter Klasse bekanntlich anlässlich einer Besichtigung als „Bazillenküchlein“ bezeichnet. Diesen Namen verdient in der Tat ein sehr großer Teil der Beförderungsmittel der Reichsbahn. Sie könnten nötigenfalls als Viehwagen Verwendung finden. Sicher braucht sich die Deutsche Reichsbahn nicht zu schämen; sie ist den ausländischen in der Wagenausstattung noch voraus. Das hindert aber nicht, auszusprechen, daß dem übertriebenen Luxus auf der einen Seite eine allzugenügsame Sparfamkeit auf der anderen Seite gegenübersteht. Halten wir fest, daß derartige Luxuszüge gewaltiger Zuschüsse bedürfen und die Rentabilität des Personenverkehrs nur durch die untern Klassen herbeigeführt wird. Die Ausreisenden fahren in stubelfestem Land und das Volk ist in unbehaglichen Waggons zusammengepfercht. Das entspricht der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung.

**Wohlstand und Publizität.** Die „J. G. Farbenindustrie A. G.“, d. h. der größte Chemiefabrik der Welt, hat jochen seinen Geschäftsbericht herausgegeben, der so wenig beklagt, daß sich selbst kapitalistische Blätter über dieses hochgradig Verhalten beschwerten und offen zugaben, daß man sich bei den Angaben keineswegs ein Bild über das tatsächliche Verhalten und die bei der Gestaltung und Erhöhung der Dividenden maßgebenden Faktoren machen könne. Die Ertragsrechnung ist einfach von der Dividende her „aufgemacht“. Ueber den eigentlichen Zweck einer im Januar dieses Jahres aufgenommenen Obligationenleihe von nicht weniger als 250 Millionen Mark erfährt man ebenfalls nur Fragmentarisches, desgleichen über die Entwicklung im laufenden Jahre und die Umsatzziffern. Der Berliner „Vorwärts“ bemerkt zu diesem speziellen Punkt: „Was geht dies auch schließlich die Öffentlichkeit an bei einerlei befristeter, so daß im Gesamtprogramm rund 600 000 Reichsmark ihr Schicksal vom Vorstand dieses Trusts diktiert erhalten.“ Hauptfrage ist, daß der Reingewinn von 70,5 Millionen auf 103,2 Millionen gestiegen ist, was bedeutet, daß fast jeder Arbeiter dem Trust 1000 Mark Reingewinn eingebracht hat. Wie das zugeht, geht natürlich die Arbeiter einen Schmarren an.

### Literatur.

- Die Gemeinwirtschaft. Monatschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft. Von dieser im achten Jahrgang erscheinenden Zeitschrift ist heften Nr. 6 (Juni) erschienen. Diese Zeitschrift ist sehr empfehlenswert. Der Hauptartikel betragt vierzehntägig 240 Bl. Die Besprechung kann erfolgen bei jeder Buchhandlung, jeder Post und direkt bei dem Verlag „Die Gemeinwirtschaft“, Bernsdorf (Hb.).
- Wahlzettelbewegung und Gemeinwirtschaft. Vortrag von A. C. I. I. n. a. r. auf dem zweiten ordentlichen Bundeskongress des Deutschen Bau-gewerkesbundes in Dresden 1927. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14. Preis 10 Pf.
- Aufbaukultur. Monatsblätter für Kultur der Arbeiterklasse. Verlag Arbeiterbildungsverein, Leipzig, Brunsstr. 17. Einzelnummer 3 Pf., Jahresabonnement 30 Pf.
- Die kommunale Haushaltpolitik. „Die Gemeinde“ (durch jede Postanstalt oder direkt durch den Verlag J. G. B. V. Dietrich, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3) kann nur jedem Gemeindevorsteher empfohlen werden. Der Preis beträgt pro Heft 40 Pf.

Der Nr. 12 des „Wahnen Jachs“ entnehmen wir folgende Scherz: „A u d e r e i n e r e i n e r“ wollte ein Erfinder eine Postmaschinenmaschine ausfinden, die die herkömmliche Eigenschaft besaß, jeden Zeitungsschneidekopf sofort und automatisch richtig aufstellen. — Der Erfinder bezog zuerst Arbeiterlohnunterstützung. B e r e c h t i g t e f r a g e. Ein Zeitungsmann dankt dem Erfindungsgeistigen für seine Erfindung, indem er ihm ein „Wahnen Jachs“ besorgt. — „A u d e r e i n e r e i n e r“ fragt die kleine Elfe, S o n n e n d e. Zwei Bauern begegnen sich auf der Landstraße. Der eine kommt von der Stadt, der andere geht nach der Stadt. „Was hast du in der Stadt g e s e e n?“ „Besorgungen hab' ich gemacht!“ „Was hast du besorgungen?“ „Ich hab' eine Hagelversicherung und eine Feuerversicherung gemacht!“ „So, daß Du eine Feuerversicherung abgeschlossen hast, kann ich verstehen! Aber Du kannst doch nicht Hagel lassen!“

### Briefkasten.

W. in Berlin. Ihrem Ersuchen kann nicht entsprochen werden. Der Gegenstand steht auf dem Verbandstag nicht zur Verhandlung und Propagandarbeit für dieses Thema haben zurzeit gar keinen Wert, schon der Sache nur, wenn sie, wie in diesem Fall, eine sehr mancherlei Kenntnis von den organisatorischen Einrichtungen und sozialpolitischen Dingen im Beruf vertragen.

Für die Woche vom 10. bis 16. Juni ist die Beitragsmarke für das 24. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

### Herzlichen Dank!

Anlässlich meines 25jährigen Jubiläums als Gauleiter sind mir Glückwünsche, Blumenpenden und Geschenke in so großer Zahl zugegangen, daß es mir unmöglich ist, allen Gratulanten persönlich meinen Dank abzusenden. Dem Verbandsvorsitzenden, Beirat, den Gau- und Bezirksvorständen im Reich, den Mitgliedschaften im Gau Hessen, den Besatzungen der Frankfurter Druckereien, dem Ortsauschuß des DGB, Frankfurt, den Gau- und Bezirksvorständen der Deutschen Buchdrucker, dem Verein der in Schriftziffern beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, den Verbänden der Lithographen und Steindruckern und der Buchbinder Frankfurts, spreche ich hiermit meinen Dank aus. Die mir an diesem Tage zum Ausdruck gebrachten Gratulationen, Dank und Anerkennungen sind mir Veranlassung, auch fernerhin meine ganze Kraft der Organisation zur Verfügung zu stellen im Interesse des gesamten Proletariats, im Interesse unserer Kollegenchaft.

Anton Kauf.

**STERBETAFEL**

Am 22. Mai 1928 verstarb plötzlich und unerwartet nach ganz kurzer Krankheit unser Kollege

**Josef Himmel**

im Alter von 52 Jahren. Er war zuletzt beschäftigt als Rotations-Hilfsarbeiter in der Firma Bobach & Co., Leipzig.

Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

**Zahlstelle Leipzig.**

Verantwortlich für Redaktion A. Schulte, Charlottenburg, Westendstr. 12. Druck: Am 1. April 1928. Verlag: B. Bobach, Charlottenburg. Einz.: Hermanns-Druckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.

# MORAL

Ein Urteil läßt sich widerlegen, ein Wortteil nicht.  
M. v. Ebner-Eschenbach.

Moral und Sitte ist nichts Feststehendes. Ist nicht einmal gegenwärtig immer daselbe. Was der Italiener in ständlicher Hinsicht als Selbstverständlichkeit betrachtet, ist vielleicht für den puritanischen Engländer eitel Sünde. Dem weiblichen Zartgefühl einer Frau des Mittelalters entspricht wohl heute der „gute Ton“ eines Hamburger Fischweibes. Das heißt: Wir als Sozialisten betrachten diese Dinge — ästhetisch genommen — jenseits von Gut und Böse. Uns ist gerade ungekünstelte Verbtheit begabter Hamburger Fischhändlerinnen unendlich lieber als die geheuchelte Wohlstandigkeit der sogenannten „besseren Kreise“. Daß besonders in geschlechtlicher Hinsicht für Leute, die in ihrer Ueberheblichkeit meinen, die Moral in Erbpacht zu haben, die Schädlichkeit nur Fassade ist für ungehemmte Sinnlichkeit, das beweisen so recht die Ehestandale eben jener Gesellschaftsklassen. Und wir meinen: ein unveränderlicher Sittenbegriff läßt sich künstlich nicht festlegen. Auch hier trifft das Wort des griechischen Weisen Heraklit zu: Alles fließt! Anstrengungen der Kirche, diese quälende, diesseits- und jenseits-gehende Welt in die Zwangsjacke ihrer überlebten Sittenbegriffe zu stecken, sind vollkommen zwecklos. Mühen zwecklos sein, weil ja Stillstand (auch der Moral) gleichbedeutend ist mit Rückschlag. Wie sagt Nietzsche so schön über Liebe und Ehe? Wir sollen uns nicht fortentwickeln, sondern hinaufentwickeln. Zweck folgender Zeiten soll nicht sein, diesen Faden weiter zu spinnen, so reizvoll dies wohl wäre. Sondern wir wollen nur versuchen zu zeigen, wie — in den letzten Jahrzehnten nur — alte Moralbegriffe gestürzt und neue, anfangs wild umkämpft, auch von den wildesten Sittlichkeitsphilosophen anerkannt werden mußten. Die Philosophie hat ein Erfahrungsgeßel: Es ist einer der größten und doch wohl der leichtverträglichsten Fehler im Denken der Menschen, daß sie liebgewordene Gewohnheiten, Ansichten und Ueberlieferungen nicht aufzugeben vermögen. Verjährte Gewohnheiten gelten als Axiome (unanastößbare Wahrheiten). Und das ist unzweifelhaft wahr. — Ich erinnere mich aus meiner Jugend, daß, wenn ein junges Mädchen allein eine größere Eisenbahnreise unternahm, dies als unanständig angesehen wurde. Und wohlgerne, nicht nur die wohlhabenden Kreise, auch gewisse Arbeiter und noch mehr Arbeiterfrauen fanden das unerhörte. Ich überlasse es dem vorurteilsfreien Leser, sich auszumalen, wie es heute ist. — Weiter entfinne ich mich aus meiner Kindheit folgender bezeichnender Rückständigkeit im Denken. Wehe dem Mädchen, wehe der Frau, die ins Familienbad ging. Das gemeinsame Baden der Geschlechter war ein Pöbel der Sünde. Und heute? — Dank den Arbeiterparteiern, die solchen abernen, unnatürlichen Ansichten den Garas gemacht haben. — Es gibt heute, und leider muß es immer wieder betont werden, auch in der Arbeiterschaft Kreise, die die Zeiten, wo die Frauen Wespentailen und falsche Zöpfe trugen, als einzig sittliche preisen. Gesundheitliche Gründe? Bah! Für manche dieser ewig Gefrignen ist Gesundheit anscheinend „Schweineerei“. — Als das Fahrrad aufkam, schufen die geschäftstüchtigen Fabrikanten auch Damenräder. Die Ansicht war gut, mußte aber zunächst scheitern. Die moralischen Hüter des Volkes sagten: Radfahren für Frauen sei unanständig. Und das liebe einfältige Volk glaubte solche Legenden.

Ahnt eins der jungen, sportgeübten Mädchen, die heute auf dem Rad dahinjagen, wieviel Heroismus vor zwei bis drei Jahrzehnten dazu gehörte, ein solches Radfahren zu bestreiten? Weiß es, daß die Radfahrerinnen mit Steinen bedorfen wurden, Verleumdungen ausgelegt waren und von den Männern — lustern-moralisierend — als Freiweib angesehen wurden? Und rings standen feisende Weiber wie ein attischer Chor und predigten Unstand und Sitte. Aha, die fährt auch Rad, du sowas, da ist das auch so eine. Das ist vergessen, vergessen. Weibliche Dummheiten werden schnell vergessen. Heute fahren die Priesterinnen der Tugend selbst Rad. Man denke — Vor einigen Jahren geschah es, daß in Bayern, im Lande der absoluten Wohlstandigkeit und des unheimlichen Fortschritts, eine Leipziger Dame verprügelt wurde, weil — nun weiß sie zum Sport-Bredschhofen getragen hatte. Auch das ist vergessen. In der „guten alten“ Zeit trugen die Damen auf dem Boden schleppende Röcke. Die wurden nun mal durch die Mode kürzer. Und noch kürzer. Die Straßenschirmmaschinen fielen weg. Und wer es noch nicht wußte, sah nun, daß die Weiblichkeit auch Füße und Baden hatte (zierliche und ungeheure). Die Muder und Philister schrien auf vor Schmerz, predigten Verdammnis. Preisfrage: Wieviel Zentimeter darf der Frauenrock vom Erdboden entfernt sein, ohne unanständig zu wirken?

Es kam der Bubitopf. Kultur, Sitte, Wohlstandigkeit sanken in Nichts. Die Tugend heulte mit Grabestimmen: Das ist das Ende! Die freibeitliche weibliche Jugend jubelte und ließ die Waden fallen. Das war ein Kampf. Die anderen rieten auch, aber nicht aus Begeisterung. Das war ein Krieg um die heiligsten Güter. Alle Frauenemanzipation vorher war nichts dagegen. Nur Vorhutgeschäfte und Plänkelein. Jetzt fuhr man Risengeschütze auf. Aus den Arsenalen der Geschichte holte man die Waffen gegen den heidnischen,

unweiblichen Bubitopf. Die Pfaffen und Mucker kämpften mit Bech und Schwefel. Umsonst! Immer mehr Frauen und Mädchen entweihen ihr Haupt. In wenigen Jahren wird nur noch Frau Ludendorff Zöpfe tragen. Hoffen wir echte. Vor zwei Jahren sagten Herr und Frau Sittsam: Ein anständiges Mädchen trägt keinen Bubitopf. Heute trägt auch Frau Sittsam diese Frisur. Nur weil sie solche Kopfschmerzen hatte ob ihrer weißen Haare und weil es bequemer sei. Beideide nicht der Mode wegen. Im Spätherbst liegt der „Wilhelm“, der vor zwei Jahren gebraucht wurde. Der weiß es besser.

Heute sagt Frau Zimmerlich: Es haben noch lange nicht alle Mädchen einen Bubitopf.  
Ein schwacher Trost. — — Arthur Jah r.

## Die Rationalisierung der Familie setzt sich fort.

Ein untrügliches Kennzeichen der kulturellen Entwicklung der Arbeiterklasse liegt darin, daß sie in den letzten Jahren daran ging, ihre Familie zu rationalisieren, die Zahl der Esser am Tisch nach den wirtschaftlichen Verhältnissen zu beschränken. Das arbeitende Volk schien dazu geboren, zahlreiche Kinder in die Welt zu setzen, um nachher der Pein überlassen zu sein. Nun baut das Volk der Arbeit seine Wägen ab. Nicht zuletzt liegt dies an dem geistigen und sozialen Aufstieg der Frau, die es ablehnt, lediglich Gebärmachine zu sein. Wir haben eine solche Entwicklung nicht zu bedauern. Berlin ist sicher nicht Deutschland. Dennoch ist die Statistik lehrreich, die über Leben und Sterben, Eheschließungen und Geburten in der Reichshauptstadt von Jahre 1927 berichtet. Berlin hat keinen Geburten-, sondern einen Sterbeüberschuß. Es starben im Vorjahre in Berlin 50 479 Menschen oder 12,03 je Tausend der Bevölkerung. Aber geboren wurden nur 44 433 Kinder, mithin ist ein Sterbeüberschuß von 6046 Menschen zu verzeichnen. Die Geburtenziffer von 10,39 je Tausend ist niedriger als diejenige Frankreichs. In Paris betrug sie 1925 17,7 je Tausend. Die Heiratsziffer ist in Berlin höher als im Jahre 1913. 40 937 Paare zogen 1927 zum Standesamt, das sind 9,80 je Tausend, gegen 9,44 im letzten Vorkriegsjahr. Allerdings liegt das auch daran, weil die Jahresklassen im heiratsfähigen Alter stark besetzt sind. Die Statistik über die Bevölkerungsbewegung Berlins scheint uns sehr eindringlich darzutun, daß sich die Rationalisierung des Geschlechtslebens fortsetzt.

## Die Frauen im Reichstag.

Von 31 Frauen 19 Sozialdemokratinen.

Nur durch den Sieg der Sozialdemokratie ist ein stärkerer Rückgang der Frauen im Deutschen Reichstag verhindert worden, denn selbst bei den großen Rechtsparteien ist die Anzahl der weiblichen Abgeordneten erheblich gefallen. Es weisen Frauen auf

Deutschnationale Fraktion . . . . .	2
Deutsche Volkspartei . . . . .	2
Zentrum . . . . .	3
Demokraten . . . . .	2
Kommunisten . . . . .	3
Sozialdemokraten . . . . .	19

Auf der Linken sitzen 22 Frauen, auf der Rechten 4, bei den beiden Mittelparteien (Demokraten und Zentrum) 5.

Folgende Parteien haben Frauen überhaupt nicht aufgestellt: Wirtschaftspartei, Nationalsozialisten, Deutsche und Christlich-nationale Bauernpartei, Welfen und Aufwertungspartei. Die Bayerische Volkspartei hat ihren einzigen weiblichen Abgeordneten durch ihren Stimmenverlust verloren.

## Muß die Ehefrau für Haushaltsschulden haften?

Der § 1357 des BGB. bestimmt: „Die Frau ist berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungsbereiches die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungsbereiches vornimmt, gelten als im Namen des Mannes vorgenommen, wenn nicht aus den Umständen sich ein anderes ergibt. Der Mann kann das Recht der Frau beschränken oder ausschließen. Stellt sich die Beschränkung oder die Ausschließung als Mißbrauch des Rechtes des Mannes dar, so kann sie auf Antrag der Frau durch das Vormundschaftsgericht aufgehoben werden. Dritten gegenüber ist die Beschränkung oder die Ausschließung nur nach § 1435 wirksam.“

Wenn also die Ehefrau Lebensmittel, Haushaltsgegenstände u. dgl. einkauft, so ist allein der Ehemann verpflichtet, für die durch den Kauf erwachsende Schuld zu haften. Die Haftung für derartige Einkäufe dürfte aber auch in dem § 1389 BGB. Anwendung finden; dieser besagt, daß der Ehemann den ehelichen Aufwand zu tragen hat. Diese beiden Paragraphen finden aber keine Anwendung, wenn die Ehefrau eines seit längerer Zeit zahlungsunfähigen Mannes, mit dem sie dauernd den Haushalt teilt, einen für den Haushalt erforderlichen Kauf vornimmt. Die Ehefrau kann sich in diesem Falle nicht als die gesetzliche Vertreterin des Ehemannes ansehen und für sich die §§ 1357 und 1389 BGB. in Anspruch nehmen; denn sie weiß, daß ihr Ehemann seinen Zahlungsver-

pflichtungen nicht nachkommen kann. Hier dürfte der § 826 BGB. Platz greifen. Dieser bestimmt nun: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatz des Schadens verpflichtet.“

Beispiel: Eine Ehefrau kauft in einem Kolonialwarengeschäft Lebensmittel; sie hat aber nicht die Absicht, die Waren aus eigenen Mitteln zu bezahlen. Der Ehemann ist vermögenslos und fruchtlos gepfändet; er kann also seinen Verpflichtungen, die ihm die §§ 1357 und 1389 BGB. auferlegen, nicht nachkommen. Die Ehefrau muß, gemäß § 826 BGB., dem Verkäufer in Höhe der Kaufsumme haften. Denn sie hat, obwohl sie von dem schlechten Vermögensstand ihres Ehemannes Kenntnis gehabt hat, Waren eingekauft, ohne die Absicht zu haben, diese aus eigenen Mitteln zu bezahlen. Die Ehefrau handelt, indem sie die Mittellosigkeit ihres Ehemannes verschweigt, in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise, und mit dem Bewußtsein, dem Verkäufer Schaden zuzufügen.

S. 2.

## Das Weib.

Aussprüche von Schopenhauer.

Mit den Mädchen hat es die Natur auf das, was man einen Knalleffekt nennt, abgesehen, indem sie dieselben, auf wenige Jahre, mit überreicher Schönheit, Reiz und Fülle ausstattete, auf Kosten ihrer ganzen übrigen Lebenszeit. Damit sie nämlich, während jener Jahre, der Phantastie eines Mannes sich in dem Maße bemächtigen könnten, daß er hingerissen wird, die Sorge für sie zeitweilig erlich zu übernehmen, zu welchem Schritte ihn zu vermögen die bloße vernünftige Ueberlegung keine hinlänglich sichere Bürgschaft zu geben schien.

Zwischen Männern ist von Natur bloß Gleichgültigkeit; aber zwischen Weibern ist schon von Natur Feindschaft, da sie alle nur ein Gewerbe haben. Auch treten zwei Weiber, bei erster Bekanntschaft, einander sichtbarlich mit mehr Zwangigkeit und Verstellung entgegen, als zwei Männer im gleichen Fall.

Je edler und vollkommener eine Sache ist, desto später und langsamer gelangt sie zur Reife. Der Mann erlangt die Reife seiner Vernunft und Geisteskräfte kaum vor dem 28. Jahre; das Weib mit dem achtzehnten. Aber es ist auch eine Vernunft danach: eine gar knapp bemessene.

Infolge seiner schwächeren Vernunft sieht der Verstand des Weibes in der Nähe scharf, es hat hingegen einen engen Gesichtskreis, in welchen das Entfernte nicht fällt; daher eben alles Abwesende, Vergangene, Künftige viel schwächer auf die Weiber wirkt als auf den Mann, woraus denn auch der bei ihnen viel häufigere und bisweilen an Verirrtheit grenzende Gang zur Verhinderung entpringt.

Die Weiber denken in ihrem Herzen, die Bestimmung der Männer sei, Geld zu verdienen, die ihrige hingegen, es durchzubringen.

So viele Nachteile dies alles zwar mit sich führt, so hat es doch das Gute, daß das Weib mehr in der Gegenwart aufgeht als wir, und daher diese, wenn sie nur erträglich ist, besser genießt; woraus die dem Weibe eigentümliche Heiterkeit hervorgeht, welche sie zur Erholung, erforderlichenfalls zum Troste, des sorgenbelasteten Mannes eignet.

In schwierigen Angelegenheiten, nach Weise der alten Germanen, auch die Weiber zu Rate zu ziehen, ist keineswegs verwerflich; denn ihre Auffassungsweise der Dinge ist von der unserigen ganz verschieden, und zwar besonders dadurch, daß sie gern den kürzesten Weg zum Ziele und überhaupt das Unschätzigste ins Auge fassen, über welches die Männer, eben weil es vor ihrer Nase liegt, meistens weit hinwegsehen.

Eine große Firma hat Geschäftsjubiläum. Der Chef sagt zu seinem Proturisten: „Wir müssen doch etwas machen zum Jubiläum, was denn?“ Der Proturist sagt: „Geben Sie ein schönes Essen!“ „Das wird doch zu teuer!“ sagt der Chef. „In dem Moment kommt der kleine Morik mit Briefen zur Unterchrift. Der Chef sagt: „Morik, du hast doch auch gute Ideen, was sollen wir zum Jubiläum machen?“ Es soll nicht viel kosten, das Personal soll sich freuen und in der Stadt soll es bekannt werden.“ Da sagt Morik: „Herr Chef, hängen Sie sich auf, das kostet nicht viel, 's Personal freut sich und in der Stadt wird's auch bekannt.“

### Natsewis.

Eischen: „Wenn man rote Waden hat, ist man doch gesund!“

Mama: „Ganz sicher, mein Liebling!“

Eischen: „Dann bist du aber auf der linken Seite gesund als auf der rechten, Mutti!“

### Das schlägt sich.

Kurz nach Schluß des dänischen Krieges machten in Potsdam der Feldmarschall „Papa Brangel“ und der König Wilhelm einen Spaziergang. Am Stande einer stadtbekannteren Obstverkäuferin angekommen, fragte Papa Brangel die alte Frau gütigst: „Na, Auguste, freuste dir auch, bei nu der Krieg aus is?“ Darauf die prompt: „Antwort: „Was soll ich mir freuen. Dad schlägt sich und Pat vertritt sich, der wech doch jedes Kind!“

### Eine prompte Antwort.

Es sind schon mehrere Jahrzehnte her, da war bei Gelegenheit eines Besuches des alten Schach von Perken ein großer Herbst in Berlin. Eine der sehr tief bedolletierten Damen, die dem ersten Herrscher vorgestellt war, fragte etwas neugierig: „In Ihrem Lande, Majestät, laufen wohl noch manche Leute nach umher?“ „Nicht so nach wie Sie!“ war die prompte Antwort.